

Bericht des Rechtsausschusses gemäß § 37 KSGeschO zur 13. Tagung der Zwölften Kirchensynode

Der Rechtsausschuss ist seit November 2020 bis Oktober 2021 zu zwölf Sitzungen zusammengekommen. Folgende Tagesordnungspunkte wurden beraten:

1. Kirchengesetze

- KG über die Feststellung des Haushaltsplans der EKHN für das Haushaltsjahr 2021
- Gesetzesvorlage zur Weiterentwicklung des Pfarrerausschussgesetzes
- KG zur Neufassung des Kirchengesetzes über den Gesamtkirchlichen Ausschuss für den evangelischen Religionsunterricht
- KG zum Abbau gesamtkirchlicher Genehmigungsvorbehalte
- KG zur Änderung des Regionalgesetzes zur Einführung von Nachbarschaftsräumen

2. Rechtsverordnungen

- RVO zur Ausführung des Chancengleichheitsgesetzes
- Vermögensverwaltungsverordnung

3. Sonstige Beratungsgegenstände

- ekhn 2030
 - Arbeitspaket 1: Förderung von Öffnung, Kooperation und Zusammenschlüssen
 - Arbeitspaket 2: Pfarrdienst und Verkündigung
 - Arbeitspaket 3: Gebäude: Qualitativer Konzentrationsprozess
 - Arbeitspaket 5: Beihilfe und Versorgung
 - Prüfauftrag 2: Abbau gesamtkirchlicher Genehmigungsvorbehalte
 - Wechsel von Kirchengemeinden zwischen Dekanaten
 - Querschnittsthema 5: Verwaltungsentwicklung
- Auslegung der Kirchengemeindewahlordnung - § 18 Abs. 2 KGWO
- Hinweise zur Neubildung der Dekanatssynoden und zur Wahl der Synodalen der 13. Kirchensynode
- Antrag des Dekanats Frankfurt-Offenbach zur gemeindebezogenen Nutzung von Emails und Messengerdiensten
- Antrag des Dekanats Hochtaunus zur Regelung von Kirchenaustritten
- Überarbeitung der Geschäftsordnung der Kirchensynode
- Änderung der Satzung der Diakonie Hessen